

BACES

Bamberger
Centrum für
Europäische Studien

Otto-Friedrich
Universität Bamberg



Sandra Huber

INTERNET-WAHL ODER STIMMZETTEL – WIE WOLLEN
DIE BÜRGER WÄHLEN?

BACES Discussion Paper, No. 10 (2005)

BACES Discussion Papers**Bamberg Center for European Studies (BACES)**

Otto-Friedrich Universität Bamberg

Feldkirchenstraße 21

96045 Bamberg

Phone ++49 951 863-2592

Fax ++49 951 35996

Email secretary@baces.uni-bamberg.de

www.baces.uni-bamberg.de

Editors:

Martin Heidenreich, Hans-W. Micklitz, Andreas Oehler,
Hans Rattinger, Johannes Schwarze (Board of BACES Directors)

ISSN: 1614-2594

© 2005 by the Author(s)

Internet-Wahl oder Stimmzettel – Wie wollen die Bürger wählen?

Sandra Huber

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Wahlen als Kernstück der Demokratie.....	4
3. Anforderungen an politische Online-Wahlen	6
4. Datenbasis.....	8
5. Empirische Ergebnisse	9
5.1 Akzeptanz von Internetwahlen.....	9
5.2 Risiken und Chancen von Internet-Wahlen aus Sicht der Bürger.....	11
5.3 Determinanten der Einstellungen zu Internet-Wahlen	13
5.4 Einstellungen zu Internet-Wahlen nach Parteianhängerschaft	14
6. Fazit.....	16
7. Literatur	17

Kurzfassung

Im Zuge der Durchdringung des Alltagslebens durch das Internet stellt sich die Frage, ob nicht auch die Stimmabgabe bei politischen Wahlen künftig online erfolgen sollte. Die rechtliche, technische und organisatorische Durchführbarkeit von Online-Wahlen wurde seit Ende der 90er Jahre diskutiert. Die Frage, ob die Bevölkerung Internet-Wahlen aber tatsächlich wünscht und den auf diese Weise ermittelten Wahlergebnissen überhaupt Vertrauen entgegen brächte, wurde dagegen vernachlässigt. Umfragedaten aus unterschiedlichen Studien belegen, dass die Zustimmung zu Internet-Wahlen sehr stark abhängig ist von der Erfahrung im Umgang mit dem Medium Internet. Fehlt diese Erfahrung, so herrscht Skepsis vor. Die Ergebnisse machen deutlich, dass, falls Schritte in Richtung Online-Wahl unternommen werden sollten, eine intensive Diskussion auch in der Öffentlichkeit erforderlich ist um das Vertrauen der Bürger zu gewährleisten.

1. Einleitung

Durch die fortschreitende Integration des Internet in den Lebensalltag vieler Menschen gewinnt die Diskussion um den Einsatz des nicht mehr ganz neuen Mediums auch bei Wahlen an Bedeutung. Das Internet hat von privater und geschäftlicher Kommunikation jeglicher Art über Informationssuche, Online-Banking bis hin zum Einkaufen und Handeln fast alle Berei-

che des Lebens erobert. Dies trifft zumindest für diejenigen zu, die zu den 55% der deutschen Bevölkerung zählen, die laut (N)onliner Atlas 2005 online sind ((N)onliner Atlas 2005, herausgegeben von der Initiative D21 und TNS Infratest). Je selbstverständlicher es wird, vieles online abzuwickeln, desto lauter wird möglicherweise die Forderung, auch die Stimmabgabe bei politischen Wahlen online zu ermöglichen (vgl. Kubicek et al. 2002: 106). Auch erste Anwendungen von Online-Wahlen im Ausland erzeugen einen gewissen Erwartungsdruck. Auf der anderen Seite zeigen Umfrageergebnisse aus den Jahren 2000 und 2001 eine weitreichende Skepsis der Deutschen gegenüber Internetwahlen, die hauptsächlich durch die Angst vor Manipulation begründet wird (siehe Kubicek et al. 2002: 107). Neben rechtlichen, technischen und organisatorischen Schwierigkeiten sowie ökonomischen Überlegungen, ist somit auch zu überprüfen, inwieweit Internet-Wahlen tatsächlich eine Forderung der Bevölkerung darstellen und groß wie die Akzeptanz eines solchen Wahlverfahrens ist. Diese werde, so Dieter Otten (2002: 89), aufgrund plausibler Annahmen unterstellt. Wissenschaftliche empirische Studien darüber stünden jedoch noch aus. Hier soll ein Beitrag geleistet werden, diese Lücke zu schließen.

Im Folgenden werden zunächst die Anforderungen diskutiert, die sich aus der zentralen Stellung der Wahl im politischen Prozess für Internetwahlen ergeben. Anschließend wird der Stand der wissenschaftlichen Diskussion hinsichtlich der Realisierbarkeit verantwortbarer Internetwahlen zusammengefasst. Anhand verschiedener Daten wird schließlich der Frage nachgegangen, welche Relevanz das Thema Internetwahlen überhaupt für die Bürger hat und welche Einstellungen gegenüber Internetwahlen dominieren.

2. Wahlen als Kernstück der Demokratie

Gerade im politisch-administrativen Bereich wird deutlich, wo die Stärken des Internet, sowohl in den Augen der Bürger als auch aus Sicht der Politiker, liegen. Schwerpunkt ist eindeutig der administrative Bereich, das so genannte E-Government, das die Verwaltung für beide Seiten schneller, kostengünstiger und zuverlässiger machen soll. In dem im eigentlichen Sinne politischen Prozess, bestehend aus politischer Information, Deliberation und Entscheidungsfindung, ist die Bedeutung des Netzes bislang deutlich geringer. Allerdings spielt es inzwischen für die politische Information, vor allem in Wahlkämpfen, eine ernst zu nehmende Rolle. Die gestiegene Nutzerzahl, aber auch die Kürze des Wahlkampfes und der damit verbundene Zeitdruck dürften dazu beitragen, dass das Internet 2005 noch wichtiger wird als vor drei Jahren.

Das Thema Internetwahlen ist an der Grenze zwischen Administration und Politik angesiedelt. Schließlich geht es zunächst lediglich darum, wie die Stimmabgabe administriert wird. Die Wahl über das Internet ist auf den ersten Blick lediglich eine andere Form der Stimmabgabe. Näher betrachtet ist die politische Wahl jedoch die zentrale und für die meisten Bürger einzige Form der politischen Partizipation und stellt somit einen besonders sensiblen Bereich des demokratischen Prozesses dar. Die theoretische Kontroverse dreht sich letztlich darum, ob die allseits zur Kenntnis genommenen Bedenken und Einwände gegen die vereinfachten Wahlteilnahme durch Internetwahlen entkräftet werden können oder nicht.

Für den größten Teil der Bürger ist die Wahlteilnahme die wichtigste, meist die einzige Form politischer Beteiligung. Sie wird in weiten, auch den ansonsten eher politikfernen, Teilen der Gesellschaft als Bürgerpflicht anerkannt. Gerade in der Bundesrepublik wird in der Wahlteilnahme vielfach nicht nur ein Instrument zur Auswahl der politischen Entscheidungsträger, sondern auch die Unterstützung der Demokratie ganz allgemein gesehen. Dies durch den Gang ins Wahllokal auch in der Öffentlichkeit zu zeigen, sei, so Neymanns (2002: 33) eine wichtige Funktion von Wahlen. Er sieht die moralisch motivierte Beteiligung in Gefahr, wenn die Stimme am heimischen Computer abgegeben werden könnte. Der Symbolcharakter entfiere, was die Erosion der Wahlnorm verstärken und die Wahlbeteiligung weiter senken könnte.

An die demokratische Qualität von Wahlen sind besonders hohe Anforderungen geknüpft, die durch die im Artikel 38 Absatz 1 GG aufgestellten Wahlrechtsgrundsätze, Allgemeinheit, Unmittelbarkeit, Freiheit, Gleichheit und Geheimhaltung, gewährleistet werden. Die hohen Erwartungen der Bürger an die demokratische Qualität von Wahlen zu enttäuschen, muss auf jeden Fall vermieden werden. Jede Einschränkung bzw. Verletzung eines Wahlrechtsgrundsatzes ist damit höchst bedenklich. Auch die politischen Entscheidungsträger betonen, dass das Sicherheitsniveau des konventionellen deutschen Wahlverfahrens zumindest erhalten bleiben muss und das Vertrauen der Bürger nicht aufs Spiel gesetzt werden darf (Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/6318).

Für Internetwahlen leiten sich aus diesen Überlegungen über die Besonderheit von politischen Wahlen wichtige Folgerungen ab. Wenn die symbolische Bedeutung des Wahlaktes tatsächlich so hoch ist, wie Neymanns vermutet, sind Internetwahlen, unabhängig von ihrer technischen Realisierbarkeit, äußerst kritisch zu betrachten. Selbst wenn man auf die Möglichkeit der Wahl von beliebigen PCs verzichtet und weiterhin das Aufsuchen eines, dann allerdings beliebigen, Wahllokals vorschreibt, wäre der Symbolcharakter bereits eingeschränkt. Zwar fände die Wahlteilnahme weiterhin in der Öffentlichkeit statt, allerdings wäre z.B. am Urlaubsort, wo man nicht Nachbarn und Bekannte im Wahllokal trifft, der expressive Charakter der Wahlteilnahme wie auch der soziale Druck deutlich eingeschränkt.

Selbst, wenn man wie Kubicek et al. (2002: 106) argumentiert, dass das Bild vom sonntäglichen Gang der ganzen Familie zur Wahlurne bereits durch die Briefwahl erheblich bröckelt, sind weitere kulturelle Aspekte wie die Einstellungen gegenüber Technik, nicht zu vernachlässigen. Herrscht eine weitreichende Skepsis gegenüber technischen Systemen und insbesondere der Wahl über das Internet vor, und kommt es dann tatsächlich auch nur zu kleinen Pannen (wie sie ja auch bei konventionell durchgeführten Wahlen auftreten können), könnte die Institution Wahl und mit ihr das gesamte politische System erheblichen Vertrauensverlust erleiden.

Auf der anderen Seite böten Internetwahlen mehr Flexibilität für die Wähler. Der zunehmenden Mobilität der Bürger, so ist zu erwarten, käme dies entgegen und könnte somit die Zahl derer, die aufgrund der äußeren Umstände nicht zur Wahl gehen, senken. Wenngleich diese Argumente für und wider Internet-Wahlen an vielen Stellen erörtert werden, so fehlt bislang eine empirische Quantifizierung ihrer Bedeutung in der Meinung der Bevölkerung.

3. Anforderungen an politische Online-Wahlen

Zur Erforschung der *Bevölkerungseinstellungen* zu Internet-Wahlen ist es nicht notwendig, die Probleme ihrer Durchführung detailliert zu diskutieren. Dennoch sollen hier kurz die dominierenden Kontroversen und Ergebnisse der Diskussion wiedergegeben werden, um die Einschätzungen der Bürger vor dem Hintergrund der tatsächlich relevanten Problemfelder besser beurteilen zu können. Zu berücksichtigen ist dabei immer die angestrebte Variante von Internet-Wahlen (Stimmabgabe von beliebigem Wahllokal aus, Stimmabgabe an verschiedenen öffentlichen Orten oder vom heimischen PC aus).

Zu nennen ist hier zuerst die Frage nach der **rechtlichen Zulässigkeit** von Internetwahlen. Gefährdet sind die Wahlrechtsgrundsätze der Allgemeinheit und insbesondere der geheimen Stimmabgabe. Ersterer spielt nur dann eine Rolle, wenn die konventionellen Wahlverfahren der Präsenzwahl mit Stift und Papier und der Briefwahl wegfielen, und dadurch Wahlberechtigte abgeschreckt würden, die die Technik ablehnen oder Angst davor haben. Die Wahrung des Wahlgeheimnisses ist ein schwerwiegendes Problem für jegliche Art der Stimmabgabe im *privaten* Raum, ist dort doch nicht gewährleistet, dass niemand die Stimmabgabe beobachtet oder beeinflusst. Die Gefährdung des Wahlgeheimnisses durch die herkömmliche Briefwahl wurde vom Bundesverfassungsgericht nur mit dem Hinweis in Kauf genommen, dass es sich hierbei zum einen um Ausnahmen handle, die zu begründen seien, zum anderen damit, dass der Grundsatz der Allgemeinheit entgegenstehe, dem in diesen Ausnahmefällen der Vorzug gegeben werde. Sowohl von Befürwortern (Otten 2002: 83f) als auch von Skeptikern wird relativ einmütig die Ansicht vertreten, dass Internet-Wahlen im privaten Raum derzeit den bestehenden Gesetzen nicht standhielten (Buchstein 2000). Eine Aufweichung der durch den Wahlablauf garantierten geheimen Stimmabgabe wäre letztlich nur mit dem Argument zu rechtfertigen, in einer gefestigten Demokratie könne diese in die Hände jedes einzelnen Bürgers gelegt werden, das Kubicek et al. (2002: 100) anführen.

Wenn von Sicherheit der Internet-Wahl gesprochen wird, rückt die **technische Ausgestaltung** in den Blickpunkt. Unabhängig von der Art der Internet-Wahl (Präsenz oder Absenz) muss die technische Infrastruktur gewährleisten, dass

- trotz zuverlässiger Identifizierung/Authentifizierung der Wahlberechtigten die Anonymität der Stimmabgabe gewahrt bleibt,
- das gesamte System sicher vor Manipulation und Funktionsunfähigkeit geschützt wird,
- die Übermittlung der Stimmen absolut zuverlässig und manipulationsfrei erfolgt und das Wahlergebnis jederzeit nachprüfbar ist.

Als weitere Bedingung, die insbesondere für die Akzeptanz von Internet-Wahlen entscheidend sein könnte, wird angeführt, dass zumindest der interessierte Laie das System verstehen kann.

Hinsichtlich der Realisierbarkeit eines sicheren Internet-Wahl-Systems gehen die Meinungen auch in der Fachöffentlichkeit auseinander. Dieter Otten¹, in der Bundesrepublik führend auf dem Gebiet der technischen Durchführung von Internet-Wahlen und Entwickler der Internet-Wahl-Software i-vote, kommt zu dem Schluss, dass eine Internet-Wahl im Rahmen eines öffentlichen Wahlsystems, also von vernetzten Wahllokalen aus, sicherheitstechnisch "uneingeschränkt zu verantworten" sei (Otten 2002: 82). Wesentlich skeptischer ist hingegen Wilm (2003), der gerade das System i-vote, aber auch das Cybervote-System², das im Rahmen eines von 2000 bis 2003 von der EU geförderten Projektes entwickelt wurde, als ungeeignet für den Einsatz bei verbindlichen politischen Wahlen beurteilt.

Aber selbst, wenn man die rechtlichen und sicherheitstechnischen Voraussetzungen als erfüllbar ansieht, so ist vor der Einführung von Internet-Wahlen auch zu prüfen, welche Anforderungen sie an die **Wahlorganisation** stellen und wie sie unter **ökonomischen Gesichtspunkten** abschneiden. Ein grundlegendes Erfordernis für Internet-Wahlen von beliebigen Wahllokalen aus ist die Zugänglichkeit der Wählerverzeichnisse, die bisher von den Kommunen in unterschiedlicher Weise administriert werden. Falls ein bundesweites Wählerverzeichnis aus Datenschutzgründen nicht realisierbar sein sollte, müssten die weiterhin auf lokaler Ebene geführten Verzeichnisse zumindest anderen Gebietskörperschaften zugänglich gemacht werden, was allerdings als unwirtschaftliche Lösung betrachtet wird. Der notwendigen Vereinheitlichung der administrativen Vorgänge zur Wahlvorbereitung auf allen beteiligten Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) ist bisher zu wenig Beachtung geschenkt worden.

Zu diesem grundlegenden Problem kommt, dass die Wahlvorbereitung eher aufwändiger wird: Die Einweisung der Wahlhelfer in die Wahlsoftware wird länger dauern und aufwändiger sein als bei herkömmlichen Wahlen, so die allgemeine Einschätzung. Außerdem müssen Vorkehrungen für den Fall getroffen werden, dass technische Probleme auftreten. Diese reichen von Call-Centern bis hin zu mit Blaulicht ausgestatteten Einsatzfahrzeugen, die bei Bedarf Wahlcomputer austauschen oder reparieren (Kubicek et al. 2002: 101). Auch die Möglichkeit, kurzfristig auf das alte Wahlverfahren mit Papier und Stift umzustellen, sollte gegeben sein, falls auf die Schnelle unlösbare technische Probleme auftreten.

Das bisher Gesagte lässt an der Wirtschaftlichkeit von Internet-Wahlen eher Zweifel aufkommen (siehe dazu Kubicek et al. 2002: 102f). Die Kosten für Infrastruktur, Software und (zum Teil hoch qualifiziertes) Personal stehen einer schnelleren Ergebnisermittlung, mehr Bequemlichkeit und der umstrittenen Hoffnung auf eine Steigerung, zumindest aber Stabilisierung, der Wahlbeteiligung gegenüber. Der ernüchternden ökonomischen Bilanz wird mit der Forderung nach einer engen Verzahnung von Internet-Wahlen mit E-Government-Anwendungen begegnet, für die die technische Infrastruktur außerhalb des Wahltages genutzt werden könnte (Kubicek et al. 2002: 104). Mindestens genauso wichtig ist für die Verfechter von Internet-Wahlen der Hinweis auf die Prestige-Wirkung, die eine (in Teilen) online durchgeführte politische Wahl für den Technikstandort Deutschland hätte. Dieser konkurrierte

¹ Dieter Otten ist Professor für Soziologie mit Schwerpunkt Informatik für Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück. Er ist Direktor des Deutschen Instituts zur Erforschung der Informationsgesellschaft an der Universität Osnabrück und Leiter der Strategischen Initiative der Bundesrepublik Deutschland 'Wahlen im Internet'.

² Siehe zum Cybervote-Projekt: www.eucybervote.org

schließlich z.B. mit den USA, wo die umfassende Anwendung internetgestützter Wahlsysteme nur noch eine Frage der Zeit sei.

Vor dem Hintergrund der hier kurz zusammengefassten Diskussion hinsichtlich der rechtlichen, technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Aspekte sollen im Folgenden die Einstellungen der Bürger zu Internet-Wahlen untersucht werden. Es "(...) ist darauf zu achten, dass nicht nur die Sicherheit des Systems, sondern vor allem auch das Vertrauen der wahlberechtigten Bürger in die Sicherheit des Systems erhalten bleibt.", so Wilms (2003). Die öffentliche Meinung zur Einführung von Internet-Wahlen ist aber für die politischen Entscheidungsträger auch anderweitig von Bedeutung. Ob *ihre* Wählerschaft im Durchschnitt im Internet über- oder unterrepräsentiert ist und ob sie mit Internet-Wahlen Modernität und Aufgeschlossenheit oder Angst und Gefahr verbindet, fließt in die Entscheidung, Internet-Wahlen zu unterstützen bzw. abzulehnen, sicherlich mit ein.

4. Datenbasis

Einstellungen der Bevölkerung zu Internetwahlen wurden bisher nur selten untersucht³. Sicherlich wird man in Umfragen zudem nicht mehr als eine relativ diffuse Zustimmung oder Ablehnung erfassen können, ist es doch angesichts der Komplexität des Themas und der vielen möglichen Variationen von Internet-Wahlen nicht möglich, detaillierte Einstellungen in ein bis zwei Fragen zu erheben. Selbst wenn eine ganze Befragung zum Thema Internet-Wahlen gemacht werden könnte, fehlt wohl bei den allermeisten Bürgern die Sachkenntnis, um fundierte Einstellungen zu Einzelaspekten erheben zu können. Somit liegen hier einige Studien vor, die jeweils spezifische Vor- und Nachteile haben, die in ihrer Gesamtheit jedoch ein zutreffendes Bild der Lage geben können.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 wurde in einer von der DFG finanzierten Studie eine Frage zu Internetwahlen mit zwei Items gestellt. Innerhalb dieser Studie wurde zum ersten eine bevölkerungsrepräsentative persönliche Befragung durchgeführt, zum zweiten wurde der gleiche Fragenkatalog 1165 Internetnutzern aus einem Online-Access-Panel vorgelegt und drittens lief gleichzeitig eine selbstrekrutierte Online-Wahlumfrage. Somit können die Ergebnisse verschieden rekrutierter, aber zum gleichen Zeitpunkt durchgeführter Studien verglichen werden. Zusätzlich wurde vom 20. Juni bis 01. Juli 2005, einige Wochen nach der Ankündigung der Vertrauensfrage im Bundestag durch Gerhard Schröder und der Einleitung des Wahlkampfes 2005, eine ebenfalls selbstrekrutierte Online-Befragung am Lehrstuhl Politikwissenschaft II der Universität Bamberg mit Unterstützung des Survey Research Unit (SRU) durchgeführt, in der die Frage aus der DFG-Studie von 2002 wieder aufgegriffen wurde. In drei weiteren Items wurden noch etwas detailliertere Einstellungen erhoben. Einen Überblick über die insgesamt vier verschiedenen Studien gibt Tabelle 1.

³ INRA (2000): Akzeptanz virtueller Behörden-Dienstleistungen ("E-Government") und Einstellungen zu Wahlen über das Internet ("E-Vote") in der Bevölkerung. Untersuchungsbericht. Taylor Nelson Sofres (2001): Government Online. 2001 Benchmarking Research Study..

Tabelle 1: Überblick über verwendete Datensätze

Bezeichnung der Studie	Befragungszeitraum	Anzahl Befragte	Rekrutierung	Items zu Internet-Wahlen
DFG Wahlstudie 02	2002	3263 davon Internet-Nutzer: 1076 Nicht-Nutzer: 2187	persönliche Interviews	2
DFG online Access-Panel 02	2002	1165	Online-Umfrage, repräsentativ für Internetnutzer	2
Wahlumfrage 02	2002	Mind. 1 Frage beantwortet: 31457 Medienmodul beantwortet: 10478	Junk-Poll	2
Internet-Wahlumfrage 05	2005	759 Interviews 936 Klicks 611 abgeschlossene Interviews	Junk-Poll	5

5. Empirische Ergebnisse

5.1 Akzeptanz von Internetwahlen

Folgende Frage wurde in allen hier zur Verfügung stehenden Studien gestellt:

"Derzeit wird auch darüber diskutiert, ob die Bürger die Möglichkeit erhalten sollten, bei Wahlen ihre Stimme zukünftig auch über das Internet abzugeben. Vorausgesetzt, die Sicherheit einer elektronischen Stimmabgabe ist wirklich zuverlässig gewährleistet – wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?"

Bürger, die am Wahlsonntag nicht persönlich ins Wahllokal gehen können, sollten neben der Briefwahl auch die Möglichkeit haben, ihre Stimme über das Internet abzugeben.

Die Bürger sollten ganz allgemein ihre Stimme auch über das Internet abgeben können – egal, ob sie am Wahltag ins Wahllokal gehen könnten oder nicht." (Antwortskala jeweils von "stimme voll und ganz zu" bis "stimme überhaupt nicht zu")

Betrachtet man die Verteilungen in Abbildung 1, fällt zunächst auf, dass die Mehrheit der Befragten in fast allen Studien Internet-Wahlen begrüßen würde. Allerdings gibt es eine Ausnahme: Die Nicht-Internet-Nutzer aus der repräsentativen Wahlstudie 2002 zeigen sich deutlich skeptischer. 28 Prozent von ihnen (12 Prozentpunkte mehr als bei den Internet-Nutzern

derselben Studie) lehnen Internet-Wahl als Ergänzung der Briefwahl rigoros ab, nur 18 Prozent stimmen dem Vorschlag voll und ganz zu (37 Prozent bei den Onlinern). Zudem sind bei den Offlinern die mittleren Antwortkategorien stärker besetzt als bei den Internet-Nutzern und der Anteil der "weiß nicht"-Antworten mit 20% der Befragten deutlich höher – ein Zeichen dafür, dass sich diese Gruppe kaum mit dem Thema beschäftigt hat. Zieht man auch das Access Panel 02 und die Wahlumfrage 02 in die Betrachtung mit ein, verstärkt sich der Eindruck, dass Interneterfahrung, die bei diesen Befragten im Durchschnitt größer ist, positive Einstellungen zu Internet-Wahlen begünstigt. Dieses Ergebnis ist auf der einen Seite nicht allzu überraschend, auf der anderen Seite aber auch nicht selbstverständlich. Erfahrung mit dem Internet und könnte schließlich auch zu größerer Skepsis veranlassen. Ein solcher Effekt deutet sich an, wenn man das Ergebnis aus der Online-Umfrage 05 anschaut, in der überwiegend politisch interessierte, interneterfahrene Nutzer sind. Immerhin knapp 19 Prozent von ihnen lehnen Internet-Wahlen rundweg ab. Im Vergleich mit den anderen Studien sind die Ergebnisse hier polarisierter. Über 70% der Teilnehmer äußern entweder extreme Zustimmung oder extreme Ablehnung. Daraus kann zumindest eines geschlossen werden: Interneterfahrung führt zu einer eindeutigeren (tendenziell positiven) und mit einiger Wahrscheinlichkeit auch fundierteren Einstellung zum Thema Internet-Wahl.

Ein Vergleich zwischen 2002 und 2005 ist, selbst wenn man nur die beiden selbstrekrutierten Online-Umfragen Umfrage 05 und Wahlumfrage 02 heranzieht, problematisch, weil die Rekrutierung unterschiedlich ablief. Fasst man die Skala zu drei Kategorien („Ablehnung, Unentschiedenheit, Zustimmung) zusammen, ergeben sich in beiden Online-Umfragen nahezu die gleichen Anteile. Offenbar hat sich in den letzten drei Jahren an den Einstellungen zu Internet-Wahlen wenig geändert. Dies ist angesichts der Tatsache, dass sich die Problematik wenig verändert hat und auch keine weiteren Pilotprojekte eine größere Öffentlichkeitswirkung erreicht haben, durchaus plausibel.

Der Vergleich der beiden Items 'Internet-Wahl als Ergänzung zur herkömmlichen Briefwahl' (Abbildung 1) und 'Internet-Wahl als Möglichkeit für alle Wahlberechtigten' (Abbildung 2) zeigt, dass die Verteilungsmuster sich nicht wesentlich verändern. Die Zustimmung zur Internet-Wahl für Alle ist in allen Studien, auch bei den Onlinern, etwas geringer als die Zustimmung zu Internet-Wahl als Ergänzung zur Briefwahl.

Abbildung 1: Internet-Wahl als Ergänzung der herkömmlichen Briefwahl

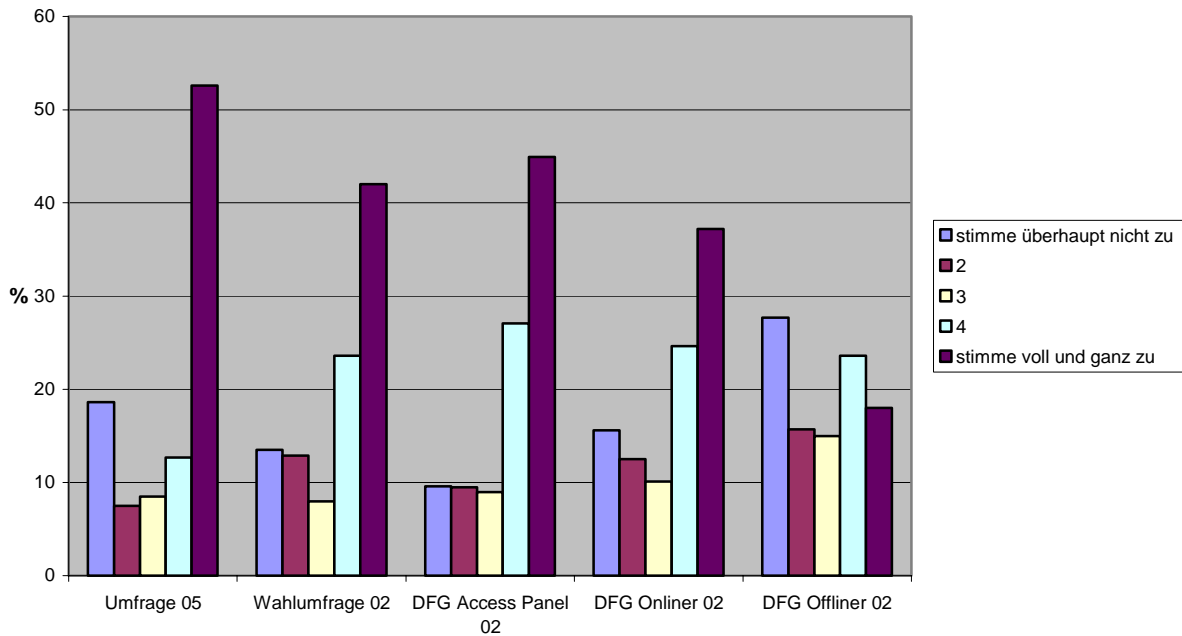
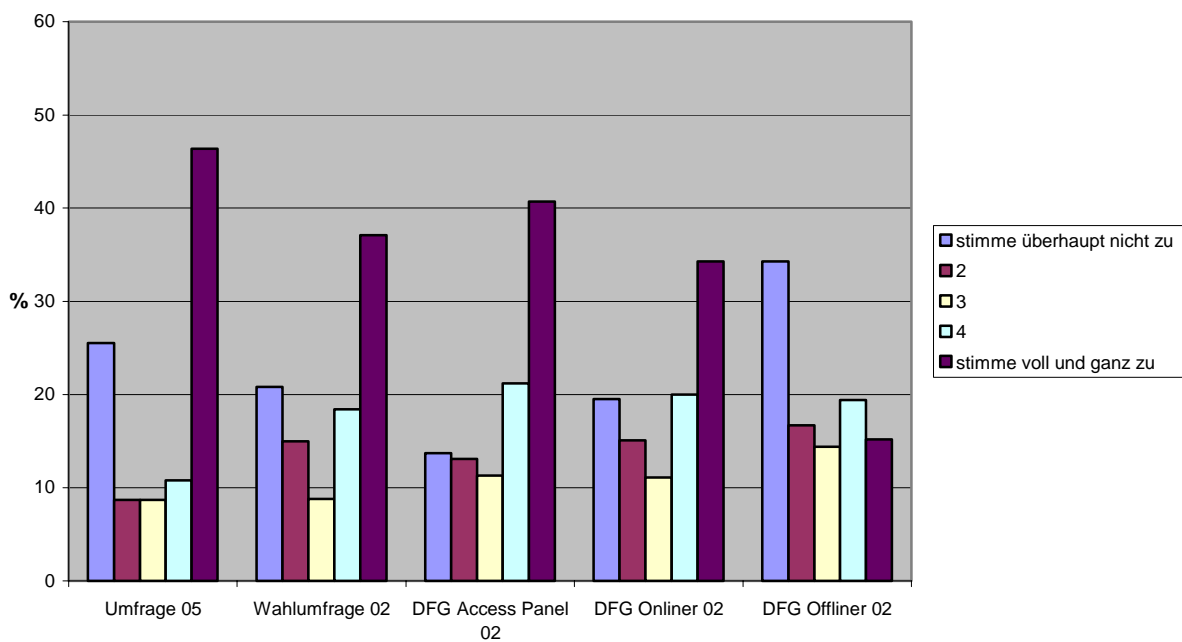


Abbildung 2: Internet-Wahl für alle Bürger



5.2 Risiken und Chancen von Internet-Wahlen aus Sicht der Bürger

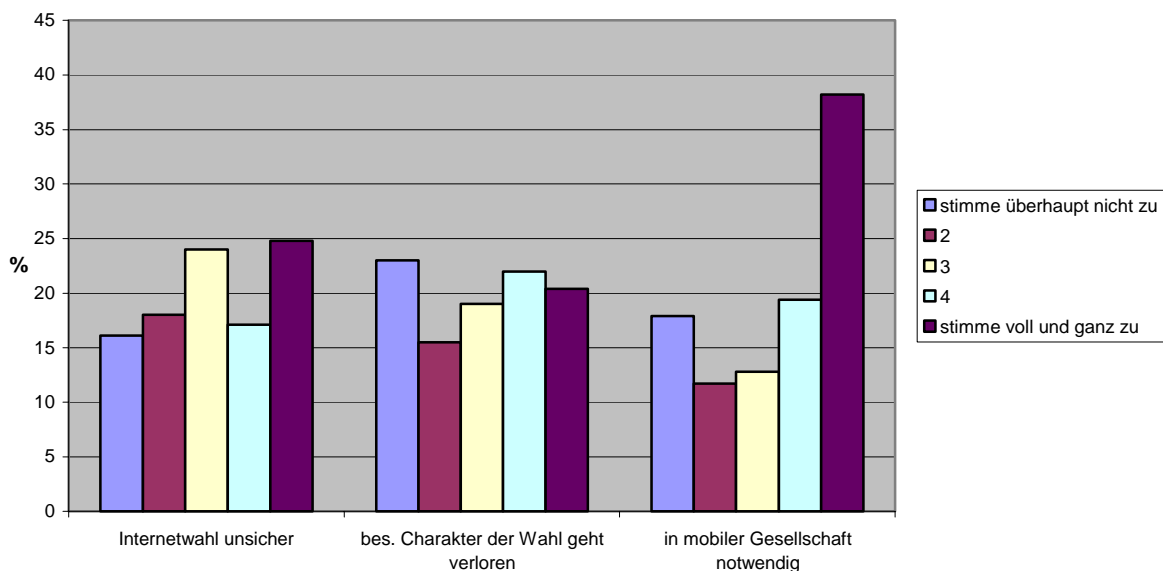
In Abbildung 3 werden die Einstellungen zu drei Aussagen zu Internet-Wahlen wiedergegeben, die in der Online-Umfrage 05 erhoben wurden. Dem Statement, Internet-Wahlen seien aus Sicherheitsgründen abzulehnen, stimmt zwar eine Mehrheit von 25 Prozent der Befrag-

ten zwar zu, aber fast genauso viele sind in der Mittelkategorie zu finden. Die Antworten sind annähernd gleich über die Skala verteilt. Dies lässt darauf schließen, dass ein erheblicher Teil der Befragten keine dezidierte Meinung dazu hat, sich aber gleichzeitig bewusst ist, dass Internet-Wahlen mit Sicherheitsrisiken behaftet sind. Im Falle der Einführung von Internet-Wahlen, auch in Pilot-Projekten oder in unproblematischeren Versionen (z.B. weiterhin als Präsenzwahl in vernetzten Wahllokalen), wären also vertrauensbildende Maßnahmen notwendig. Bei überzeugendem Sicherheitskonzept böten diese sicherlich auch die Möglichkeit, Misstrauen und Unsicherheit abzubauen.

Interessant sind die Ergebnisse hinsichtlich der kulturellen Dimension von Wahlen. Zwar ist eine knappe Mehrheit der Befragten der Ansicht, Internet-Wahlen täten dem besonderen Charakter von Wahlen keinen Abbruch, fast genauso viele sind jedoch auch vom Gegenteil überzeugt. Das kulturelle Argument ist also nicht aus der Luft gegriffen, sondern beruht durchaus auf realen Empfindungen der Wahlberechtigten und darf bei der Entscheidung für oder gegen Internet-Wahlen nicht vernachlässigt werden sollte.

Ausschlaggebend für die Zustimmung zum Wählen über das Netz ist offenbar das Mobilitätsargument. Eine deutliche Mehrheit von 38 Prozent stimmt der Aussage voll und ganz zu, in einer immer mobiler werdenden Gesellschaft sei es notwendig, die Stimmabgabe auch über das Netz zu ermöglichen. Für die Wähler ist dies sicherlich der Hauptvorteil von Online-Wahlen. Die schnellere Verfügbarkeit des Ergebnisses hingegen ist für den Normalbürger kaum relevant, schmälert vielleicht sogar die Spannung und den Unterhaltungswert der Nachwahl-TV-Sendungen.

Abbildung 3: Beurteilung von Internetwahlen in der Umfrage 05



Ausschlaggebend für die Zustimmung zu bzw. Ablehnung von Internet-Wahlen ist demnach, ob eine Notwendigkeit dafür gesehen wird. Tabelle 2 zeigt die Korrelationen zwischen den Einstellungen zu Internet-Wahlen und den drei Statements und weist die höchste Korrelation für das Mobilitätsargument aus. Wenn der für die Bürger entscheidende Vorteil der größeren

Bewegungsfreiheit am Wahltag nicht als solcher bewertet wird, fällt die Beurteilung von Internetwahlen erwartungsgemäß negativ aus.

Tabelle 2: Zustimmung zu Internet-Wahlen und spezifische Einstellungen (Korrelationskoeffizient Pearson's r)

	Sicherheit	besonderer Charakter	Mobilität
Ersatz für Briefwahl	-,638***	-,438***	,833***
Internet-Wahl für Alle	-,627***	-,528***	,842***
N	604	603	610

5.3 *Determinanten der Einstellungen zu Internet-Wahlen*

Zustimmung zu Internet-Wahlen ist abhängig von Erfahrung mit dem Internet. Dies zeigte bereits die Skepsis der Nicht-Nutzer in Abbildung 1. Ob darüber hinaus Alter, Geschlecht und Bildung wesentlichen Einfluss auf die Einstellungen zu Internet-Wahlen haben, wird in Tabelle 3 untersucht. Es wird deutlich, dass sich innerhalb der verschiedenen Studien bzw. Teilgruppen Alter, Geschlecht und Bildung kaum auswirken. Erfahrung mit dem Medium Internet ist eindeutig die wichtigere Determinante, wie die Unterschiede zwischen Internetnutzern und Nicht-Internetnutzern in den letzten beiden Spalten von Tabelle 3 deutlich machen.

Neben Interneterfahrung sowie Alter, Geschlecht und Bildung dürfte auch das politische Interesse eine Rolle spielen. Wie es durch die polarisierteren Einstellungen der Heavy-User in der Internet-Wahlumfrage 05 angedeutet wird, kann eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema Internet-Wahlen, sowohl aus dem technischen Blickwinkel als auch aus gesellschaftspolitischer Sicht, auch zu größerer Skepsis und Ablehnung derselben führen. Aufgrund der vielfältigen Gefahren, die Internet-Wahlen für die Glaubwürdigkeit und Integrität des politischen Systems bergen, wird erwartet, dass an Politik besonders interessierte Bürger (die sich der besonderen Bedeutung von Wahlen eventuell bewusster sind) Internet-Wahlen negativer beurteilen als weniger Interessierte. Die vorliegenden Daten bestätigen diese Vermutung jedoch nicht. Tabelle 4 macht deutlich, dass kein Zusammenhang zwischen politischem Interesse und der Zustimmung zu Internetwahlen besteht. Weder sind politisch Interessierte skeptischer als Uninteressierte, noch stehen sie Internet-Wahlen positiver gegenüber.

Tabelle 3: Zustimmung zu Internet-Wahl als Ersatz für Briefwahl nach 9, Geschlecht und Bildung (Mittelwerte auf einer Skala von 1 "stimme überhaupt nicht zu" bis 5 "stimme voll und ganz zu", Standardabweichung in Klammern)

	Internet-Wahlumfrage 05	Online-Access-Panel 2002	rep. Wahlstudie 2002	
			Internetnutzer	Nicht-Internetnutzer
Alter				
bis 25	3,60 (1,60)	3,61 (1,45)	3,65 (1,38)	3,19 (1,59)
26-35	3,71 (1,51)	3,97 (1,24)	3,69 (1,47)	2,90 (1,46)
36-45	3,50 (1,78)	3,80 (1,37)	3,47 (1,48)	3,00 (1,50)
46-55	3,81 (1,67)	4,13 (1,20)	3,43 (1,59)	2,86 (1,48)
56 oder älter	3,95 (1,60)	4,03 (1,27)	3,39 (1,46)	2,78 (1,46)
Geschlecht				
männlich	3,72 (1,61)	4,00 (1,30)	3,56 (1,49)	2,85 (1,49)
weiblich	3,71 (1,56)	3,73 (1,36)	3,55 (1,46)	2,92 (1,49)
Bildung				
noch Schüler(in)	3,61 (1,72)	3,54 (1,42)	3,80 (1,16)	3,20 (1,37)
ohne Abschluss od. Hauptschulabschluss	4,26 (1,41)	3,89 (1,42)	3,43 (1,49)	2,84 (1,45)
Mittlere Reife	3,87 (1,65)	3,92 (1,30)	3,45 (1,48)	2,96 (1,56)
(Fach-)Abitur	3,47 (1,63)	3,94 (1,24)	3,60 (1,51)	2,84 (1,52)
abgeschlossenes Studium	3,82 (1,55)	3,87 (1,33)	3,65 (1,51)	2,95 (1,54)

Tabelle 4: Korrelation zwischen Zustimmung zu Internet-Wahlen als Ersatz für Briefwahl und politischem Interesse (Pearsons's r)

Internet-Wahlumfrage 05	Online-Access-Panel 2002	repräsentative Wahlstudie 2002	
		Internetnutzer	Nicht-Internetnutzer
0,022 n.s.	0,005 n.s.	-0,044 n.s.	-0,025 n.s.

5.4 Einstellungen zu Internet-Wahlen nach Parteianhängerschaft

Aufgrund ihrer unterschiedlichen soziodemographischen Zusammensetzung, aber auch unterschiedlicher Werthaltungen ist zu erwarten, dass sich die Anhänger verschiedener Parteien unterschiedlich aufgeschlossen gegenüber Internet-Wahlen zeigen. Regelmäßig zeigen empirische Studien, dass unter den Internet-Nutzern die Anhänger der linken Parteien deutlich überrepräsentiert sind. Dies ist auch bei den hier vorliegenden Studien der Fall. Da ein entscheidender Faktor für die Befürwortung von Wahlen über das Netz die Internetnutzung ist, dürften folglich vor allem die SPD sowie B90/Die Grünen von Online-Wahlen profitieren –

vorausgesetzt, die Möglichkeit der Stimmabgabe über das Netz hat überhaupt den postulierten positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung.

Aber auch innerhalb der Internet-Nutzerschaft könnten sich Unterschiede hinsichtlich der Einstellung zu Online-Wahlen in den verschiedenen Parteienhängerschaften ergeben. Anhand der vorliegenden Studien bestätigt sich dies jedoch nicht. Die Unterschiede zwischen den Wählern der großen Volksparteien sind gering und zudem nicht immer in die gleiche Richtung gehend. Ein größerer Vorteil für die SPD und B90/Die Grünen ergibt sich lediglich aus den Daten der Internet-Wahlumfrage 05. Auch, was die Anhänger der kleineren Parteien betrifft, zeichnet sich kein eindeutiges Muster ab.

Tabelle 5: Zustimmung zu Internet-Wahl als Ersatz für Briefwahl nach Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2002 (in Prozent) Online-Access-Panel 02

	SPD	CDU/CSU	B90/Die Grünen	FDP	PDS	Sonstige
Internet-Wahlumfrage 2005						
stimme nicht zu	22,8	29,1	23,9	26,5	29,5	32,8
teils/teils	5,7	9,9	7,3	8,2	8,2	7,8
stimme zu	71,5	61,0	68,8	62,3	62,3	59,4
N	123	172	109	61	61	64
Online-Access Panel 2002						
stimme nicht zu	18,1	20,2	21,3	14,9	22,0	20,4
teils/teils	8,5	9,1	10,7	5,3	4,0	18,4
stimme zu	73,4	70,7	68,0	79,8	74,0	61,2
N	436	263	150	114	50	49
Rep.Wahlstudie 2002 Nicht-Internet-Nutzer						
stimme nicht zu	41,9	40,9	49,3	56,9	51,2	44,4
teils/teils	13,8	17,0	13,3	12,5	14,0	22,2
stimme zu	44,3	42,1	27,3	30,6	34,9	33,3
N	470	523	75	72	43	27
Rep.Wahlstudie 2002 Internet-Nutzer						
stimme nicht zu	29,0	25,5	28,7	31,6	18,8	58,8
teils/teils	7,4	9,1	16,2	10,1	8,3	5,9
stimme zu	63,6	65,4	55,1	58,2	72,9	35,3
N	338	341	136	79	48	17

6. Fazit

Die vorliegenden Daten haben einige wichtige Ergebnisse zutage gefördert: Zum ersten ist die Zustimmung zu Internet-Wahlen sehr stark abhängig von der Erfahrung im Umgang mit dem Medium Internet. Fehlt diese Erfahrung, so herrscht Skepsis vor. Wenngleich eine Mehrheit von ca. 50 Prozent der Heavy-User die Möglichkeit der Internet-Wahl als Ergänzung der Briefwahl sehr begrüßen würde, sehen doch auch gerade diese im Umgang mit dem Netz (und seinen Tücken) erfahrenen Bürger sowohl Sicherheitsrisiken als auch einen Bedeutungsverlust der Wahl als gesellschaftliches Ereignis.

Der Vorteil größerer Mobilität ist ein wichtiges Argument für Internet-Wahlen. In dieses Bild fügt sich auch die durchweg höhere Akzeptanz von Internet-Wahl als Ergänzung zur Briefwahl⁴.

Für den Rest der Wahlberechtigten müssen schließlich auch keine höheren Kosten aufgewendet werden, um größere Mobilität zu ermöglichen, die letztlich nicht benötigt wird.

Festzustellen ist, dass die Nutzung des Internet für verschiedenste Zwecke des alltäglichen Lebens anscheinend tatsächlich den Wunsch erzeugt, über das Internet auch die Wählerstimme abgeben zu können. Ob dieser Wunsch aber auch bei genauerer Kenntnis der Schwierigkeiten und vor allem der Kosten von Online-Wahlen aufrechterhalten wird, kann mit Umfragen kaum erforscht werden. Zu vermuten ist, dass es sich hier zum Teil um eher unreflektierte Einstellungen handelt, bzw. eher die Aufgeschlossenheit gegenüber Technik allgemein gemessen wird.

Der Wunsch der Bevölkerung nach Internet-Wahlen wird zwar immer wieder als Argument für Online-Wahlen vorgebracht, dürfte aber kaum die treibende Kraft sein. Größeres Gewicht kommt wohl dem Betreiben der Hersteller der Systeme und der Soft- und Hardware, aber auch der Imagewirkung von Online-Wahlen für den Staat zu. Letztlich obliegt es dem Staat, Nutzen, Kosten und Gefahren von Internet-Wahlen abzuwägen. Bei Vorliegen eines überzeugenden Sicherheitskonzepts würde die Bevölkerung und vor allem die Internet-Nutzerschaft Online-Wahlen als Ergänzung der herkömmlichen Wahl sicherlich schnell akzeptieren. Eine ungenügende Vorbereitung auch der Öffentlichkeit könnte jedoch ebenso schnell zu einem Vertrauensverlust führen, der angesichts der ohnehin verbreiteten Politikverdrossenheit dramatisch wäre.

⁴ In Einzelfällen könnte die Möglichkeit der Stimmabgabe über das Internet die Ausübung des Wahlrechts erheblich erleichtern. So berichtet SPIEGEL ONLINE am 7. August 2005 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,368695,00.html>) über die Schwierigkeiten, die aufgrund der kurzen Vorbereitungszeit bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 entstehen. Aufgrund der langen Postwege drohe den Auslandsdeutschen der Verlust des Wahlrechts, weil nicht garantiert sei, dass die Briefwahl-Stimmen rechtzeitig wieder in Deutschland einträfen.

7. Literatur

Buchstein, Hubertus (2000): Präsenzwahl, Briefwahl, Online-Wahl und der Grundsatz der geheimen Stimmabgabe. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31, 886-903.

Kubicek, Herbert und Martin Wind (2002): Bundestagswahl per Computer? In: Buchstein, Hubertus und Harald Neymanns (Hrsg.): Online-Wahlen, Opladen, Leske und Budrich, S. 91-112.

Neymanns, Harald (2002): Die Wahl der Symbole: Politische und demokratietheoretische Fragen zu Online-Wahlen. In: Buchstein, Hubertus und Harald Neymanns (Hrsg.): Online-Wahlen, Opladen, Leske und Budrich, S. 23-38.

TNS Infratest (2005): (N)Onliner Atlas 2005 - Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland. Hrsg. von der Initiative D21 und TNS Infratest, Hamburg.

Otten, Dieter (2002): Modernisierung der Präsenzwahl durch das Internet. In: Buchstein, Hubertus und Harald Neymanns (Hrsg.): Online-Wahlen, Opladen, Leske und Budrich, S. 71-90.

Wilm, Peter (2003): Notwendige technische Anforderungen an eVoting-Systeme für staatliche Volksvertreter-Wahlen. In: GI-Edition, Lecture Notes in Informatics, Klaus Dittrich, Wolfgang König, Andreas Oberweis, Kai Rannenber, Wolfgang Wahlster (Hrsg.): INFORMATIK 2003, Innovative Informatikanwendungen, Band 2, Beiträge der 33. Jahrestagung der Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) 29. September - 2. Oktober 2003 in Frankfurt am Main (<http://www.elektronische-wahlen.de/gi-edemocracy-workshop-2003/e-voting-anforderungen-kurzbeitrag.pdf>)

The Author(s):

Dipl.-Pol. Sandra Huber
Lehrstuhl für Politikwissenschaft
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Feldkirchenstr. 21; 96045 Bamberg
Tel.: +49 (0)951 863 2576
E-Mail: sandra.huber@sowi.uni-bamberg.de